

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18699
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die normal gepulverte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, im Gesamtumfang 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreifünfteligen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Büttnerstraße 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vierung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 26. März 1930 Nummer 72

Für 1370 Millionen Mark Zölle beschlossen

Geschlossene Einheitsfront von der „linken“ SPD bis zu den Nationalsozialisten — Landbundführer Schiele kommandiert: „Der Kampf geht weiter!“

Die „Linken“ am Pranger

KPD-Antrag auf unentgeltliche Verteilung der Roggenvorräte an Notleidende in den Ausschuss verschoben

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht.)
Am Dienstag wurden im Reichstag alle Vorschläge über Zollerhöhungen für Weizen, Hafer, Gerste, Mais, Kartoffeln, Mehl, Kleie, Jute und Woll aus dem Reichstag der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. Die Kommunisten hatten wiederholt namentliche Abstimmungen beantragt, dabei stellte sich heraus, daß auch die „linken“ Sozialdemokraten allen Zollwucheranträgen zugestimmt hätten. Die Abstimmungsresultate wurden mit lauten Protesten der Kommunisten ausgenommen. Die Deutschnationalen wollten einige weitgehende Entwürfe, die vorläufig jedoch noch von den Regierungsparteien abgelehnt wurden. Für diese weitgehenden Zollentwürfe stimmten auch die Nationalsozialisten.

Ein Antrag der Kommunisten, die Reichsregierung zu ermahnen, die zur Stützung des Roggenpreises eingelagerten 400 000 Tonnen Roggen umgehend der menschlichen Ernährung zuzuführen, und zwar durch unentgeltliche Abgabe von Brot an Erwerbslose, Sozialrentner und sonstige Bedürftige sowie durch Verabreichung eines auskömmlichen Milch- und Brotfrühstücks an alle Kinder dieser notleidenden Bevölkerungsteile wurde dem Ausschuss überwiesen, d. h. im Ausschuss begraben.

Die Christlich-Nationalen und Deutschnationalen beizogen die unverschämte Frechheit, den Antrag zu stellen, Roggenzuschüsse an die Erwerbslosen auszugeben und dafür die Unterstützungsgelder einzubehalten.

Die Rede des Genossen Hoernle

In seiner Rede vor der entscheidenden Abstimmung führte Genosse Hoernle unter anderem aus:

Als der Bürgerblock im Jahre 1925 die Zölle für Roggen und für Weizen auf 5 Mark erhöhte, schrieb der Vorwärts, daß dies eine Belastung der Werktätigen um 700 Millionen ausmache. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Die heutige Hermann-Müller-Regierung aber

erhöht die Zölle für Weizen auf 12 Mark und für Roggen auf 9 Mark. Insgesamt machen die neuesten Zollerhöhungen eine Massenbelastung von 1370 Millionen Mark aus. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokraten sind als Partei politisch verflucht und verkommen. (Andauernder Beifall und Handklopfen bei den Kommunisten. Präsident Lohde ruft Genossen Hoernle zur Ordnung.) Das kann ich bemerken. Am 17. Juni 1925 schrieb der Vorwärts zu den Erhöhungen der Zölle bei dem Bürgerblock: „Das ist ein heuchlerisches und gewagtes Spiel mit den Interessen des Volkes!“ (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Im Jahre 1927 schrieb der Vorwärts: „Der Zusammenbruch der Sozialpolitik kann von keinem Vernünftigen mehr gelehrt werden.“ (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Höhnlich schrieb auch noch der Vorwärts, als die Hermann-Müller-Regierung ihre ersten Zollentwürfe einbrachte: „Die Junker wollen den Ernährungsminister vor ihren Karren spannen.“ (Heiterkeit.)

Über heute stehen alle 133 Abgeordneten der Sozialdemokraten den Karren der Junker.

Ist es etwa keine politische Verfluchung, wenn die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Mathilde Wurm vorgestern, also am 24. März, in der Leipziger Volkszeitung schrieb: „Die Grüne Front hat alles erreicht, was sie wollte.“ (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Und diese Mathilde Wurm stimmt heute mit ihren „linken“ Beträgern in der Fraktion allen Zollwünschen der Großgrundbesitzer zu.

Mathilde Wurm stellt in ihrem Artikel die Frage: „Wie lange noch?“ Wenn es nach Mathilde Wurm und den „linken“ Sozialdemokraten geht, dann wird die heutige Sozialpolitik fortgesetzt, bis die Erwerbslosen verhungert sind und bis die Großgrundbesitzer das letzte Brot der Arbeiter gestohlen haben. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Aber wir Kommunisten stellen die Frage mit den Millionenmassen der Werktätigen: „Wie lange noch?“ und beantworten sie dahin: Solange wird die

Einheitsfront der Sozialdemokraten mit den Großgrundbesitzern die Profiteure auszuwahren, bis sich die von den Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien betrogenen Werktätigen in die Front des revolutionären Klassenkampfes einschließen und gemeinsam mit der kommunistischen Partei den antiparlamentarischen Kampf für Lohnerhöhung, Sechshundentag und zum Sturz der Hermann-Müller-Regierung führen. (Beifall bei den Kommunisten.) Sie arbeiten die Massen erkennen immer mehr, welches Spiel die Sozialdemokraten mit ihren Interessen treiben. Darum rufen wir alle Erwerbslosen, alle Betriebsarbeiter, allen Angehörigen, unteren Beamten und allen Kleinrentnern zu:

Kämpft mit uns gegen den Hunger und den Terror!
Als letzter Redner der Debatte spricht der Landbundführer Schiele, dessen Worte ausklingen in dem Satz: Der Kampf geht weiter! (Kommunistische Jurist: Achtung, Neue Reichsanzeige für die Hermann-Müller-Regierung!)

Unser Vormarsch im Ruhrgebiet

Die Bergarbeiter wählen rot / Erfolge bei Scherl und Osram, Berlin

Gestern fanden im Ruhrgebiet in verschiedenen Zechen die Betriebsratswahlen statt. Auf der größten Zeche des Ruhrgebietes, Friedrich Heinrich 1-2, mit einer Belegschaftstärke von 5000 Mann, wurden folgende Stimmen abgegeben: Reformisten 1788 Stimmen, im Vorjahre 2006, Christen 876 Stimmen, im Vorjahre 608, revolutionäre Opposition 1573 Stimmen, im Vorjahre 945. Trotz ungeheuren Terrormaßnahmen konnte die Opposition die Zahl an Stimmen fast verdoppeln und die Zahl der Betriebsräte von 4 auf 7 heben.

Auf der Zeche Concordia, Oberhausen, errang die Opposition 608 Stimmen, die Reformisten 235, die Christen 409. Auch bei allen anderen Wahlen, die im Ruhrgebiet stattgefunden haben, hat die revolutionäre Opposition durchweg beträchtliche Erfolge zu verzeichnen.

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern fand in dem großen Berliner Zeitungsbetrieb von Scherl (Hagenberg) die Betriebsratswahl statt. Es zeigten sich Stimmen: Die Opposition 470 und 3 Mandate, die SPD 1225 und 7 Mandate, die Reformisten 90. Zum erstenmal wurde bei Scherl eine rote Liste aufgestellt. Kurz vor der Wahl mahregelte die Diktation fast alle bekannten oppositionellen Funktionäre. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende lehnte es ab, die Gewahrgelassen vor dem Arbeitgericht zu vertreten. Unter diesen Umständen ist das Wahlergebnis ein bedeutender Erfolg der Gewerkschaftsopposition.

Bei Osram D wurden bei der gestrigen Betriebsratswahl für die Opposition 888 Stimmen, für die SPD 1539 Stimmen abgegeben. Die Opposition ging zum erstenmal mit einer eigenen Liste vor und erhöhte die Zahl ihrer Mandate von 2 auf 5. Der Betrieb gilt als Hochburg der SPD.

Wir bleiben die stärkste Liste bei den Dresdner Straßenbahnern

Trotz oppositioneller Stimmenverluste

Dresden, den 26. März 1930.

Bei den gestern getätigten Betriebsratswahlen der Dresdner Straßenbahner wurden für die einzelnen Listen bei einer wahlberechtigten Belegschaft von 3437 3578 Stimmen abgegeben. Es ergab:

Opposition 1390 (1919 7, 1921 7 Sitze) Vorjahr 1850
Reformisten 1070 (1919 6, 1921 5 Sitze) Vorjahr 914
Christen 558 (1919 3, 1921 2 Sitze) Vorjahr 423

Trotz allem Terror der Verwaltung, trotz Mobilisierung des gesamten Apparates der Bürokratie gegen die Opposition ist die rote Liste dennoch als stärkste durchs Ziel gegangen. Gewiss hat sie empfindliche Verluste erlitten und es wird die

Sächsischer Koalitionschacher geht weiter — KPD-Antrag auf Landtagsauflösung erneut verschoben

Dresden, den 26. März.

Zu der gestrigen sächsischen Landtagsitzung wurde erwartungsgemäß weder der kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung, noch die Wahl des Ministerpräsidenten endgültig entschieden. Der Koalitionsantrag kommt erst auf der nächsten Sitzung zur Abstimmung. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten konnte kein Kandidat die notwendige Mehrheit erhalten.

Daraus ist ersichtlich, daß die Parteien weiterhin Zeit gewinnen wollen, um ihren Koalitionsplan durchzuführen. Besonders bemerkt sei noch, daß die Nationalsozialisten bei der Wahl des Ministerpräsidenten für den Kandidaten der Volkspartei stimmten. (Siehe ausführlichen Bericht im heutigen Blatt.)

Aufgabe einer sehr arbeits- und selbstkritischen Überprüfung unserer vergangenen Arbeit sein, welche

Ursachen für den Stimmenrückgang maßgebend waren. Zunächst war die Wahlbeteiligung geringer als im Vorjahr, dann aber hatten es Verwaltung und Bürokratie gelohnt, über 200 in der Hauptstadt oppositionell eingetretene Wahlberechtigte von der Wahl auszuschließen. Außerdem sind im Ablauf des Jahres 100 Entlassungen vorgenommen worden. Der beste Beweis dafür, daß der oppositionelle Stimmenverlust zum großen Teil diesen Gründen entspricht, ist die Tatsache, daß Reformisten und Christen nicht entfernt so viel aufgeholt haben, wie die Opposition an Stimmen einbüßte. Die Christen erhielten nicht einmal die Stimmen aller ihrer Mitglieber.

Sicherlich hat der rote Betriebsrat während seiner vergangenen Tätigkeit im großen und ganzen ohne Schwankungen, ohne große Fehler seiner Pflicht genügt. Was ihm aber zur Durchführung seiner Aufgaben fehlte, war keine Verankerung in Bahnhöfen und Werkstätten in Form gut funktionierender Zellen und Vertrauensmännert Körper.

Hier liegt ein Teil des Mangels unserer Arbeit und es mußte sich in diesem Jahr um so mehr auswirken, als die Wahl auf einen Tag zusammengebrochen wurde, während im Vorjahr der Opposition Gelegenheit gegeben war, über eine ganze Woche hindurch Wahl- und Schlichtungsarbeit zu leisten. Zu den vorangehenden Mängeln kommt natürlich der von der Partei allgemein festgestellte Fehler einer nicht immer genügenden Durchführung unserer Einheitsfrontarbeit von unten.

Die ungenügende Differenzierung zwischen der Bürokratie und ihren Funktionären einerseits, der großen Masse der parteilosen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter andererseits. Der Ausschluß von 24 oppositionellen Funktionären aus dem Gewerkschaften erdewerte vorübergehend unsere Verbindung mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern.

ohne daß wir es immer verstanden, diesen Terrormaßnahmen durch eine entsprechende Aktivierung der Gewerkschaftsopposition zu begegnen.

Wir werden noch ausführlich auf das Wahlergebnis bei der Straßenbahn zurückkommen. Die Einbuße der Opposition wird nur von kurzer Dauer gewesen sein, wenn wir unsere eigenen Fehler erkennen und sie ausmerzen. Das wird die Opposition tun, und die Freunde der Wagner über das Zurückhängen der Opposition wird die Niederlage der Bürokratie noch morgen sein.

Roter Erfolg bei Seibmann

Dresden, den 26. März 1930.

Die Opposition stellte in diesem Betrieb zum erstenmal eine rote Liste auf. Wahlberechtigt waren 308. Auf die Liste der Opposition entfielen 68 Stimmen. Die Reformisten erhielten 128 Stimmen. Die Opposition erhält 2 Sitze im Betriebsrat, die Reformisten 3 Sitze.

B
Wagner
ahme
stwaren
Conrad
Art
gung
Storg 22
nt
haus
N. 30
ach
ach
rie
AD
ach